

---

## **Europa in der Pandemie: Forschung und Innovation für ein resilientes Gesundheitssystem**

### Zusammenfassung des Vorsitzes

---

Am 7. September 2020 trafen sich die Vorsitzenden der für Gesundheit, Forschung und Digitale Angelegenheiten zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zu einer digitalen Konferenz im Rahmen der Parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Die Abgeordneten tauschten sich in zwei Sessions über das Thema „Europa in der Pandemie: Forschung und Innovation für ein resilientes Gesundheitssystem“ aus.

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Thomas Oppermann, eröffnete die Konferenz und begrüßte die Teilnehmenden. Einleitend führte er aus, vor welcher tiefgreifenden gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Herausforderung der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Europa und die gesamte Welt gestellt habe. Wichtigste politische Aufgabe für die EU und ihre Mitgliedstaaten sei es, alles dafür zu tun, dass Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgehe und seine Zusammenarbeit weiter intensivieren müsse, um künftig besser auf vergleichbare Situationen vorbereitet zu sein.

In der **ersten Session** zum Thema „**Solidarität und Souveränität: für ein resilientes Gesundheitssystem in Europa**“ standen folgende Leitfragen im Mittelpunkt: Welche Lehren sollten aus der COVID-19-Pandemie für die Gesundheitspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gezogen und wie könnte auf eine „zweite Welle“ besser reagiert werden? Wie kann die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich konkret verbessert werden? Wie gelingt es der EU und ihren Mitgliedstaaten, die Versorgung mit wichtigen Arzneimitteln zu verbessern und sich unabhängiger von Importen zu machen? Wie können digitale Möglichkeiten zur Bewältigung von Krisen effektiver genutzt werden?

Die **stellvertretende Leiterin der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission, Sandra Gallina**, berichtete über die Fortschritte der Kommission bei der Gewährleistung des Zugangs zu sicheren und wirksamen Impfstoffen gegen das Virus SARS-CoV-2 sowie über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und der Bereitstellung von Medizinprodukten und von Schutzausrüstungen. Zudem umriss sie eine Reihe von geplanten oder eingeleiteten Maßnahmen, um die EU insgesamt widerstandsfähiger gegen gesundheitliche Krisen zu machen und die Zusammenarbeit und den Austausch in der Gesundheitspolitik zu gewährleisten.

**Dr. Peter Liese, Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments**, forderte in seinem Impulsreferat, dass die Europäische Union – auch mit Blick auf die Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie – der Gesundheitspolitik die allerhöchste Priorität einräumen müsse, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

---

**Dr. Andrea Ammon, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)**, berichtete über die Aufgaben der Agentur und die aktuelle Lage. Sie betonte zugleich, dass eine Stärkung des ECDC und eine Einbindung der Einrichtung in ein einheitliches EU-weites Berichtssystem einen entscheidenden Beitrag dazu leisten können, künftige Gesundheitsgefahren zu analysieren und langfristig bessere Abwehrmechanismen zu entwickeln. Zugleich liege darin eine wesentliche Voraussetzung, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich künftig effektiver auszugestalten. Darüber hinaus betonte sie, dass die Grippeimpfungen im Herbst und Winter nicht aus den Augen verloren werden dürften, um die Gesundheitssysteme nicht zusätzlich zu strapazieren. Die Bekämpfung der Pandemie erfordere eine lange Wegstrecke.

Der **Vorsitz** betonte, dass die Interoperabilität von Tracing-Apps ein wichtiger Baustein einer wirksamen Strategie gegen die COVID-19-Pandemie sei, da sich Infektionsketten nicht an nationale Grenzen halten und die EU-Bürgerinnen und -Bürger selbstverständlich auch während der Pandemie die Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten überschreiten. Die Interoperabilität dieser Apps sei entscheidend für ihre Wirksamkeit sowie deren Akzeptanz und Anwendung innerhalb der Bevölkerung.

**Dr. Manuel Pizarro, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments** plädierte dafür, dass zur Verhinderung bzw. Eindämmung einer zweiten Welle bestehende COVID-19-Maßnahmen nicht unbedacht aufgehoben werden sollten. Europa müsse zudem souverän in Bezug auf die Beschaffung medizinischer Materialien und Ausrüstung sein. Positiv äußerte er sich hinsichtlich der Zusammenarbeit beim Thema Impfstoff.

In der sich anschließenden intensiven **Diskussion** stand die Frage im Fokus, welche Lehren aus der COVID-19-Pandemie gezogen werden sollten. Es bestand Einigkeit darüber, dass der Gesundheitssektor in der EU mehr finanzielle Mittel erhalten und digitale Strategien zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gefördert werden müssten. Die Konferenzteilnehmenden sprachen sich ferner für eine verstärkte Zusammenarbeit und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten aus. Einigkeit bestand vor allem darin, dass es der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Umgang mit der Pandemie bedürfe. Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten und nur national ausgerichtete Politik würden den Kampf gegen das Virus nur erschweren.

In seiner Schlussbemerkung bekräftigte der **Vorsitz** diese Erwartungen als Konsequenz aus der COVID-19-Pandemie. Aufgabe der Politik der EU und der Mitgliedstaaten sei es, auch in Krisensituationen zu gewährleisten, dass die Bevölkerung jederzeit mit wichtigen Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung versorgt sein werde. Ein gemeinsamer Gesundheits-Datenraum in Europa würde es erleichtern, in der EU die Reaktionen auf pandemische Entwicklungen aufeinander abzustimmen und Erkenntnisse über das Virus auszutauschen. Dafür müsse die Digitalisierung vorangetrieben werden. Auch die Chancen und der Nutzen von digitalen Hilfsmitteln, wie einer Tracing-App, hingen stark davon ab, inwiefern es den Mitgliedstaaten der EU gelinge, die vorhandenen technischen Möglichkeiten zu nutzen und mit deren Hilfe grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten.

Daher sprachen die **Konferenzteilnehmer** für eine bessere Vorbereitung und Koordinierung gemeinsamer Krisenreaktionen aus und unterstützten eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und seine Einbindung in ein EU-weites Berichtssystem. Eine europäische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Pandemie sei wichtig. Jedoch obliege es zunächst den Mitgliedstaaten, ihre jeweiligen Gesundheitssysteme umzugestalten.

Die **zweite Session** zum Thema „**Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesundheitsforschung und europäische Forschungsförderung zur Unterstützung einer nachhaltigen Krisenbewältigung**“ befasste sich mit folgenden Leitfragen: Welche Maßnahmen können dazu beitragen, die Gesundheitsforschung in der EU zu stärken? Sind die bestehenden Forschungsnetzwerke in der EU ausreichend in Bezug auf den Wissensaustausch zu COVID-19 und die Bekämpfung künftiger Pandemien? Welche Forschungsbereiche sollten im Hinblick auf die Bekämpfung von COVID-19 und künftige Pandemien besonders gefördert werden? Wie können digitale Möglichkeiten in diesem Bereich besser genutzt werden?

**Jean-Eric Paquet, Leiter der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission**, betonte in seinem Impulsreferat, dass auf die COVID-19-Pandemie eine globale Antwort gefunden werden müsse. Dafür bedürfe es insbesondere auch einer engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Ein Wissensaustausch müsse interdisziplinär erfolgen und die Potenziale von Künstlicher Intelligenz, Datenauswertung und digitaler Datenerfassung sowie die vorhandenen europäischen Netzwerke und Expertengruppen ausschöpfen. Dabei hob er positiv hervor, dass Europa im Bereich der Forschung besser auf die Pandemie vorbereitet gewesen sei als in anderen Bereichen. Insbesondere seien Expertengruppen und Plattformen zur Lösungsfindung im Umgang mit dem Virus geschaffen worden.

**Prof. Dr. Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie der Charité – Universitätsmedizin Berlin**, ging auf die Frage ein, wie bestehende Forschungsnetzwerke in der EU in Bezug auf den Wissensaustausch zu COVID-19 und die Bekämpfung künftiger Pandemien noch verbessert werden können. Hierzu bedürfe es insbesondere Anreize seitens der EU, diese zu nutzen und Forschungsergebnisse der Mitgliedstaaten transparent und zugänglich zu gestalten. Eine Vergleichbarkeit der Forschungsergebnisse sei wichtig, um einen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Zudem plädierte er dafür, einen Teil der Europäischen Forschungsgelder auch in den globalen Süden zu investieren, insbesondere im Bereich der Ausbildung von Medizinern. Die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Bevölkerung und Politik spiele eine entscheidende Rolle. Allerdings hob er auch hervor, dass die Kommunikation und Informationsweitergabe an die Bevölkerung weiter verbessert werden müssten, um Verständnis für politische Entscheidungen zu erhalten, denn die Wissenschaft mache lediglich Vorschläge, und die Politik entscheide.

In der anschließenden **Diskussion** tauschten sich die Parlamentarier über die Fragen aus, mit welchen Maßnahmen die Gesundheitsforschung in der EU gestärkt und welche Forschungsbereiche mit Blick auf COVID-19 und zukünftige Pandemien besonders gefördert werden sollten. Weiterhin wurde auch über die Frage, wie mit Drittstaaten kooperiert werden könnte, diskutiert.

---

In den **Schlussbemerkungen** wurde hervorgehoben, welche tragende Rolle Forschung und Innovation – und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – für ein resilientes Gesundheitssystem spielen. Dabei betonte der Vorsitz, dass sich globale Herausforderungen wie die COVID-19-Pandemie nur gemeinsam lösen ließen. Von der Konferenz gehe das Signal an die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament aus, bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen Programmen zur Forschungsförderung wie auch zum Austausch von Wissenschaft und Bildung in Europa die Mittel nicht zu kürzen. Denn jeden Euro, den wir in Forschung, Wissenschaft und gelebten Austausch in der Bildungsbiografie der Europäerinnen und Europäer investierten, bekämen wir als Dividende mehrfach zurück. Darin werde der Grundstein für eine gestärkte Europäische Identität und eine verantwortungsbewusste und international konkurrenzfähige Wissenschaft gelegt, die zur Entwicklung einer gemeinsamen Vorbeugungsstrategie für weitere Krisen wichtig sei. Der Vorsitz unterstrich, dass es einer europäischen und nationalen Strategie bedürfe. Denn wie ursprünglich in der Lissabon-Strategie festgelegt, müsse zusätzlich zu den EU-Mitteln im Forschungsbereich der Anteil der Forschungsausgaben der Mitgliedstaaten 3 % ihres nationalen BIP entsprechen und dieses Ziel dringender denn je auch mit Unterstützung des privaten Sektors verfolgt werden.

Zu Kernaufgaben und Zielen, die auf der Konferenz debattiert wurden, wird auf die zusammenfassenden Schlussfolgerungen des Vorsitzes verwiesen.

Für den Vorsitz

**Erwin Rüdgel**  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender Ausschuss für Bildung,  
Forschung und  
Technikfolgenabschätzung

**Manuel Höferlin**  
Vorsitzender Ausschuss Digitale  
Agenda